

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 4

Vorwort: Liebe Leser
Autor: Brügger, Christian

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



«Die Parteibeschlüsse gelten dem Leben!»
 («Ogonjok», Moskau, Nr. 4/1990.)

widerspricht zudem den früheren Ansprüchen auf eine spezifische «sozialistische Demokratie».

● Die Partei opponiert einem Mehrparteiensystem nicht mehr grundsätzlich. «Die gesellschaftliche Entwicklung ist mit der Bildung von politischen Parteien nicht unvereinbar.»

Das tönt minimalistisch, aber der qualitative Wandel der Einstellung ist endlich geschafft. Bis in die jüngste Zeit hinein hatte sich die Parteiführung gegen jegliches Ansinnen (zum Beispiel von Sacharow vorgetragen) zur Anerkennung des politischen Pluralismus verwahrt. Der anhaltende Vorbehalt gegen seine Einführung dort und jetzt steht der Feststellung nicht entgegen, dass die Partei diesbezüglich über ihren Schatten gesprochen ist, mühsam genug, aber doch.

● Die Partei hat wirtschaftlich mit einem marxistischen Grundprinzip gebrochen. «Die Wirtschaftsreform ist undenkbar ohne eine tiefgreifende Umstrukturierung der Eigentumsverhältnisse. Die KPdSU befürwortet verschiedene Eigentumsformen. Sie ist der Ansicht, dass individuelles, erarbeitetes Eigentum, einschliesslich des Eigentums an Produktionsmitteln, der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes nicht widerspricht.»

Nun ist nach marxistischer Auffassung das Privateigentum an Produktionsmitteln genau das, was den Kapitalismus ausmacht. Das gesamte Gerüst der marxistischen Ideologie baut auf dieser Definition auf, die jetzt von Bord geschwemmt ist.

Die schamhafte Bezeichnung vom «individuellen» Eigentum (sie schloss bis anhin das individuelle Eigentum an Produktionsmitteln eben aus) spielt keine oder fast keine Rolle mehr, weil das Privateigentum an Produktionsmitteln inhaltlich definiert und tatsächlich gemeint ist. Man scheut nur noch das Wort und nicht mehr die Sache.

● Die Partei will die Wirtschaftsreformen vorantreiben, wie auch immer. «Das bisherige Kommandosystem der Wirtschaft ist gekennzeichnet durch Monopolismus, Inaktivität, Verschwendung, Missmanagement und Missachtung der Verbraucherinteressen. Es ist zu ersetzen durch ein System, in welchem Planwirtschaft und Marktwirtschaft vereinigt sind. Es gründet sich auf unterschiedliche Eigentumsformen, auf den Wettbewerb unter unabhängigen Produzenten, auf fortschrittliche Finanzkonzeptionen und auf die verstärkte Stimulierung persönlicher wie kollektiver Interessen.»

Fortsetzung Seite 4

LIEBE LESER

Von der osteuropäischen Opposition gegen den Postsozialismus ist in dieser Nummer (S. 5) am polnischen Beispiel die Rede, aber die Erscheinung kommt auch anderswo vor, so unterschiedlich sie auch aussieht. Die heftigen Auseinandersetzungen in Bukarest am letzten Wochenende zeigen die Problematik von Übergangsregierungen, die mindestens personell zum Teil (und zum Teil notgedrungen) mit der vorherigen Ordnung verhaftet sind. Ihre Opposition zum jeweils letzten Diktator scheint vielen Leuten noch kein ausreichender Beweis für ihre Opposition zur gebliebenen Diktatur.

Wieviel Sozialismus man in die neue Zeit hinübernehmen will, ist eine Frage, die sich politisch, wirtschaftlich und sozial stellt und deren Beantwortung mittels freier Wahlen möglich wird. Die sozialistische Hinterlassenschaft bleibt auch dann noch zu tragen. Am schlimmsten sieht es da in ökologischer Hinsicht aus. Die Umweltzerstörung ist in riesigen Gebieten des Ostens so fortgeschritten, dass man gar nicht weiss, wieviel an lebensfähigen Grundlagen überhaupt noch übrigbleibt.

Der DDR-Schriftsteller Rolf Schneider sieht die anhaltende Flucht seiner Landsleute in die Bundesrepublik aus einem absolut existentiellen Grund für gerechtfertigt an: «Nachdem die Umweltdaten im Lande bekannt wurden und sich als noch viel entsetzlicher erwiesen, als die ärgsten Skeptiker mutmassen, nachdem man weiss, dass die Einwohner in Espenhain, Bitterfeld, Merseburg oder Schneeberg seit Jahrzehnten systematisch vergiftet werden, kann man nur dringlich zuraten, dieses menschenfeindliche Land zu fliehen, um die eigene Gesundheit und die Zukunft der Kinder zu bewahren. In jedem westdeutschen Notaufnahmegericht ist die Luft bekömmlicher.» («Der Spiegel», 5. 2. 1990.) Und dabei stimmt es nicht einmal, dass die Umweltdaten schon bekannt sind. Die Messungen haben erst angefangen. Noch weiter zurück ist man in andern osteuropäischen Ländern und in der Sowjetunion.

Aus welchen zum Teil durchaus unschönen Gründen die Zentralasien heute auch aufbegehren mögen, sie hätten einen fundamental legitimen Grund dazu: ihre ökologische Notwehrsituation. Schon in der Nähe der vergifteten Baumwollfelder krepieren das Vieh, und die Kinder kommen krank zur Welt. Das sind Notstandsgebiete, die man eigentlich evakuieren müsste. Aber es wurden Flüchtlinge aus Armenien hingebacht. Man hat schon gesagt, dass der Sozialismus widernatürlich sei, aber daran hat man nicht gedacht. Christian Brügger